



Bismarcks Innenpolitik

Die wichtigste politische Figur im neuen Deutschen Reich war von 1871 bis 1890 der Reichskanzler, **Otto von Bismarck**. Der Reichskanzler wurde vom Kaiser ernannt und er war nur dem Kaiser verantwortlich. Deswegen hatte er einen großen Entscheidungsspielraum.

Im Reichstag und Bundesrat wurden die Gesetze beschlossen und der Haushalt verabschiedet. In der alltäglichen Politik musste der Reichskanzler deshalb mit dem Reichstag zusammenarbeiten und sich dort die notwendigen Mehrheiten beschaffen. Bismarck verschaffte sich diese Mehrheiten mit einer Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“. Er versprach den Parteien im Reichstag Vorteile, wenn sie in seinem Sinne abstimmten, und drohte ihnen Nachteile an, wenn sie sich seiner Politik verweigerten. Das funktionierte in der Regel recht gut und der Reichstag stimmte so ab, wie Bismarck es wollte. Parteien, die gegen Bismarck stimmten, erklärte er zu „Reichsfeinden“. Das waren in den ersten Jahren nach der Reichsgründung die katholische Zentrumsparterie und später die Sozialdemokratie.



Bismarcks Kampf gegen die Katholiken – der Kulturkampf

1871 lebten im Deutschen Reich etwa 41 Millionen Menschen. Etwa 62 Prozent davon waren Protestanten und etwa 36 Prozent Katholiken. Während die evangelische Kirche Entscheidungen der Regierung akzeptierte, hörte die katholische Kirche auf Weisungen des Papstes in Rom. Bismarck unterstellte den Katholiken deshalb, dass sie im Zweifelsfalle nicht treu zum Deutschen Reich ständen. Das war ein schwerwiegender Vorwurf, gerade weil die Reichsgründung eine Welle nationaler Begeisterung ausgelöst hatte. Bismarck lies eine Reihe von Gesetzen verabschieden, die den Einfluss der katholischen Kirche beschränken sollte (siehe Kasten rechts). Diese Auseinandersetzung zwischen Bismarck und den Katholiken wird **Kulturkampf** genannt.

Bismarcks Maßnahmen zeigten jedoch wenig Wirkung und die Partei der Katholiken, das Zentrum, erhielt bei den folgenden Reichstagswahlen mehr Sitze als vorher. Schließlich gab Bismarck 1878 den Kulturkampf auf, weil er die Stimmen der Zentrumsparterie gegen die Liberalen benötigte. Bismarck musste Zugeständnisse machen und verzichtete auf weitere Verfolgung der katholischen Kirche.

M1 Gesetze gegen die Kirchen

1871 „Kanzelparagraph“: Geistlichen in Deutschland wird es verboten, in ihren Predigten staatliche Angelegenheiten „ in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ zu behandeln.

1872 Schulaufsichtsgesetz: Alle Schulen in Preußen werden unter Staatsaufsicht gestellt.

1872 Jesuitengesetz: Verbot des Jesuitenordens.

1873 „Maigesetze“: Ausbildung und Anstellung der Geistlichen in Preußen werden staatlich kontrolliert.

1874 Expatriierungsgesetz: Geistliche in Deutschland können auf einen bestimmten Aufenthaltsort beschränkt oder ausgebürgert werden.

1874 Zivilstandsgesetz: Geburten, Todesfälle und Trauungen können nur noch von neu geschaffenen Standesämtern beurkundet werden.

1875 „Brotkorbgesetz“: Preußen sperrt alle staatlichen Geldzuweisungen an die katholische Kirche.

1875 Klostersgesetz: Verbot aller Orden in Preußen mit Ausnahme derer, die in der Krankenpflege tätig sind.

Aufgaben

1. Fasse mit eigenen Worten zusammen, wie Reichskanzler Bismarck mit der Kirche umging.
2. Worin liegt die Gefahr von Bismarcks Umgang mit der Kirche?
3. Lies die Liste der Gesetze gegen die Kirchen. Welche Wirkung hatten sie in seiner Politik?
4. Erstelle ein Schaubild mit diesen Informationen und präsentiere sie der Klasse.



Bismarcks Innenpolitik

Bismarcks Kampf gegen die Sozialdemokratie – Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung

Nachdem der Kulturkampf gegen die Katholiken 1878 gescheitert war, suchte sich Bismarck neue „Reichsfeinde“, die Sozialdemokratie. In den 1860er Jahren war eine sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet worden, welche die schlechte Lage der Arbeiter auf politischem Wege zu verbessern suchte. Bismarck hielt die Sozialdemokraten für revolutionäre Staatsfeinde. Er nahm zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. zum Anlass im Reichstag ein „Gesetz wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zu verabschieden, das sogenannte „**Sozialistengesetz**“. Das Gesetz verbot sozialdemokratische Vereine, Versammlungen und Zeitungen. Es verbot jedoch nicht die Teilnahme von Sozialdemokraten an den Reichstagswahlen. So konnten die Sozialdemokraten ihre Abgeordneten von 1877 bis 1890 verdreifachen.

Neben der Peitsche des Sozialistengesetzes versuchte es Bismarck auch mit dem Zuckerbrot. Um die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern, führte er eine neue **Sozialgesetzgebung** ein: 1883 die **Krankenversicherung**, 1884 die **Unfallversicherung**, 1889 die **Alters- und Invaliditätsversicherung**. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber zahlten in die Versicherung ein. Obwohl die Leistungen der Versicherungen zu Anfang gering waren, wurde damit das erste moderne System sozialer Absicherung geschaffen.

Beide Maßnahmen Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung konnten den Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie im Reichstag nicht aufhalten, deswegen wurde nach Bismarcks Rücktritt 1890 das Sozialistengesetz nicht mehr verlängert.

(August Bebel: Aus meinem Leben. Zit. n. Manfred Görtemaker: Deutschland im 19. Jahrhundert. Bonn, 1989, S. 289ff.)

Q2 Wer sorgt für die Invaliden?

Über die Unfallgefahren und den fehlenden Versicherungsschutz berichtet folgender Artikel des „Boten von Niederrhein“ vom 12. Januar 1866:

Gestern wurde uns ein Schreiben eines Arbeiters überbracht, in welchem mehrere Fälle zusammengestellt sind, die beweisen, wie schlecht bis jetzt für die Invaliden der Arbeit gesorgt wird (...). Ein Arbeiter, welcher in einer Fabrik eine Reihe von Jahren gearbeitet hat, ist jetzt über ein halbes Jahr krank. Dieser Mann erhält an der „städtischen Lade“¹ kein Geld mehr, Doktor und Apotheker sind ihm von der Fabrik verweigert und seine Kameraden legen wöchentlich einen Beitrag zusammen, damit er nicht von Hunger und Elend umkommt (...).

In einer Fabrik befinden sich Kessel mit einer Lauge von 80 Grad Hitze, über welche ein Gangbrett geht. Ein Arbeiter, der über dieses Brett muss, gleitet aus und fällt mit einem Bein in die heiße Lauge. Er kommt ins Krankenhaus, und die Kosten, welche dadurch erwachsen, werden ihm später mit monatlich 5 Silbergroschen von seinem verdienten Lohne abgehalten.

Es ist in neuerer Zeit mehrfach ausgesprochen worden, dass die Fabrikanten durch ein Gesetz gezwungen werden müssten, für ihre Invaliden ausreichend zu sorgen. Andere haben gemeint, der Staat müsste dies tun.

Pietsch, Hartmut: Industrialisierung und soziale Frage in Duisburg. Quellen und Materialien zur Geschichte und Entwicklung der Stadt Duisburg. Band 1, Duisburg 1982, S. 63.

M1 Die Sozialversicherung im Kaiserreich

Versicherungsart	Beiträge	Leistungen
Krankenversicherung 1883 für gewerbliche Arbeiter und (freiwillig ab 1892) Angehörige	2-3 % des Lohns, davon 2/3 vom Versicherten, 1/3 vom Arbeitgeber	Ärztliche Behandlung und Medizin, Krankenhauskosten; nach zweitägiger Wartezeit Krankengeld (50 % des Durchschnittslohns, max. 2 Mark / Tag)
Unfallversicherung 1884 für gewerbliche Arbeiter	als Haftpflicht von Arbeitgeber zu zahlen	Heilungskosten; bei Erwerbsunfähigkeit 2/3 des Einkommens, 20 % für Witwen.
Invaliden- und Altersversicherung 1889 für gewerbliche Arbeiter und Landarbeiter (ab 1911 auch für Familienangehörige)	1 % (ab 1900 1,5 – 3 %) des Lohns; je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber	Invalidenrente bei Erwerbsunfähigkeit; Altersrente ab dem 70. Lebensjahr und nach 30 (ab 1900: 24) Beitragsjahren

Nach: Bölling, Rainer; Henseler, Johann (Hg.): Das deutsche Kaiserreich 1871-1918. Freiburg, 1986, S. 47 f.

Aufgaben

1. Fasse mit eigenen Worten zusammen, wie Reichskanzler Bismarck mit den Parteien im Reichstag umging.
2. Worin liegt die Gefahr von Bismarcks Umgang mit den Parteien im Reichstag?
3. Fasse zusammen, welche Folgen Krankheit und Arbeitsunfähigkeit für Arbeiter hatte.
4. Überlege, warum für Krankheit, Unfall und Rente der Arbeitnehmer keine freiwillige, sondern eine gesetzliche Lösung gesucht wurde.

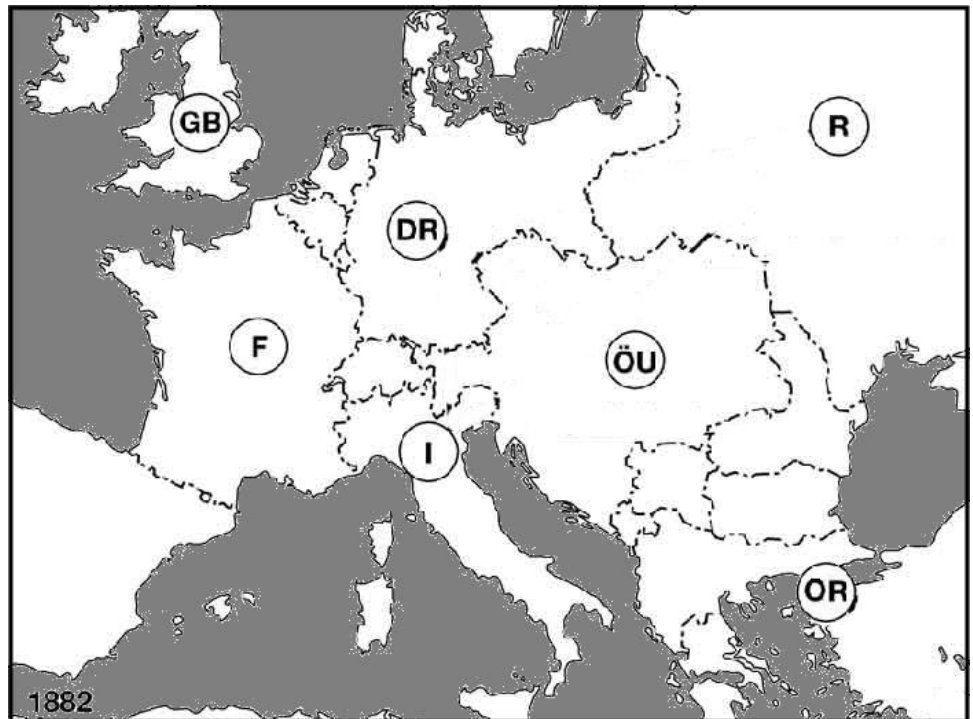
¹ Lade: Unterstützungskasse



Bismarcks Außenpolitik 1871-1890

Bündnisse in Europa (Grenzen von 1882)

DR = Deutsches Reich
 F = Frankreich
 I = Italien
 OR = Osmanisches Reich
 ÖU = Österreich-Ungarn
 R = Russland



Bündnisse zwischen den europäischen Großmächten 1879-1887

- 1879** Zweibund. Vertragspartner: Deutschland, Österreich-Ungarn. Zweck: Verteidigungsbündnis gegen Russland.
- 1881** Dreikaiserbündnis. Vertragspartner: Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland. Zweck: Neutralitätsabkommen für den Fall eines Angriffs durch eine vierte Macht. Dauer: bis **1887**.
- 1882** Dreibund. Vertragspartner: Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien. Zweck: Verteidigungsbündnis gegen Frankreich. Dauer: bis **1887**.
- 1887** Rückversicherungsvertrag. Vertragspartner: Deutschland, Russland. Zweck: Neutralitätsabkommen für den Fall eines Krieges mit einer dritten Großmacht. Gilt nicht wenn einer der beiden Frankreich oder Österreich-Ungarn angreift. Dauer: bis **1890**.
- 1887** Mittelmeerabkommen. Vertragspartner: Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn. Zweck: Partner verpflichten sich, das Osmanische Reich gegen einen russischen Angriff zu verteidigen (durch Vermittlung Bismarcks zustande gekommen).

Q1 Bismarcks Bündnispolitik

Alle diese Bündnisse kamen durch Bismarck oder mit seiner Hilfe zustande. 1877 legte er dar, was ihn zu dieser Bündnispolitik bewog:

Ein französisches Blatt sagte neulich von mir, ich hätte „le cauchemar des coalitions“ [den Alptraum der Bündnisse]; diese Art Alp wird für einen deutschen Minister noch lang, und vielleicht für immer, ein berechtigter bleiben. Koalitionen gegen uns können auf westmächtlicher Basis[Großbritannien und Frankreich] mit Zutritt Österreichs sich bilden, gefährlicher vielleicht noch auf russisch-österreichisch-französischer; eine große Intimität zwischen zweien der drei letztgenannten Mächte würde der dritten unter ihnen jederzeit das Mittel zu einem sehr empfindlichen Drucke auf uns bieten...

(Günter Schönbrunn (Bearb.): Das bürgerliche Zeitalter 1815-1914. München, 1980, S 454.)

Aufgaben

1. Zeichne die verschiedenen Bündnisse in unterschiedlichen Farben auf der Karte links ein.
2. Kannst du ein Muster in den Bündnissen erkennen? Wenn ja, welches?
3. Lies den Text über Bismarcks Bündnispolitik. Worin bestand für Bismarck „der Alptraum der Bündnisse“?
4. War Bismarcks Angst berechtigt? Begründe deine Meinung.



Bismarcks Außenpolitik

Frankreich isolieren

Das europäische Gleichgewicht geriet nach der Gründung des Deutschen Reiches in eine Krise. Der neue Staat war seinen Nachbarn wirtschaftlich und militärisch überlegen. Um ihnen die Furcht von einem deutschen Vormachstreben zu nehmen, erklärte Bismarck nach 1871 mehrfach, dass das Deutsche Reich zu den „satturierten“, das heißt, zu den territorial zufriedenen Staaten gehöre.

Bismarck ging es nach der Reichsgründung vor allem um die Sicherung der Westgrenze zu Frankreich: Er fürchtete, dass Frankreich versuchen könnte, Elsass und Lothringen zurückzugewinnen, falls es einen Bundesgenossen fände. Dafür kamen Österreich-Ungarn und Russland in Frage. Daher bemühte Bismarck sich um ein Bündnis mit diesen Staaten. Im Dreikaiserabkommen von 1873 verpflichteten sich die Monarchen der drei Reiche, bei jeder Störung des Friedens miteinander zu sprechen.

Der „ehrlche Makler“

1875 erhoben sich einige Völker auf dem Balkan gegen die osmanische Fremdherrschaft. Russland griff 1877 militärisch in den Konflikt ein, um seinen Einfluss auf diese Region auszudehnen und sich einen direkten Weg zum Mittelmeer zu verschaffen. Dagegen protestierte die britische Regierung. Sie sah ihren freien Zugang zu den Staaten im Nahen und mittleren Osten gefährdet. Auch die österreichische Regierung war gegen eine Neuordnung auf dem Balkan: Sie musste den Zerfall des eigenen Vielvölkerreiches in mehrere Nationalstaaten fürchten.

In der angespannten Situation profilierte sich Bismarck als „ehrlicher Makler“. Da das Deutsche Reich keine Interessen auf dem Balkan besaß, rief er 1878 die europäischen Mächte zum Berliner Kongress an den Verhandlungstisch. Bismarck konnte den drohenden Krieg zwischen den Großmächten verhindern. Die in Berlin gefundene Lösung befriedigte aber nicht alle Regierungen. Besonders verärgert war Russland, das aus Rücksicht auf Österreich-Ungarn bereit eroberte Gebiete zurückgeben musste. Zugleich war die russische Führung von Bismarck enttäuscht: Sie hatte von ihm als Dank für die neutrale Haltung Russlands 1866 und 1870/1 eine größere Unterstützung erwartet.

Das Bündnissystem

Die gespannten deutsch-russische Beziehungen veranlassten Bismarck, mit Österreich-Ungarn 1879 ein Bündnis abzuschließen. Beide Mächte verpflichteten sich darin, bei einem Angriff Russlands einander Hilfe zu leisten. Aus diesem Zweibund wurde mit Italien 1882 ein Dreibund.

Zugleich ließ der Reichskanzler den Kontakt mit Russland nicht abreißen. 1881 wurde das Dreikaiserabkommen von 1873 in überarbeiteter Form wieder aufgenommen. In diesem geheimen Neutralitätsabkommen beschlossen die Mächte, dass sie sich gegen eine angreifen vierte Macht schützen wollten.

Als zwei Jahre später erneut Unruhen auf dem Balkan eine Verlängerung des Abkommens wegen des österreichisch-russischen Gegensatzes unmöglich machten, vereinbarte Bismarck 1887 mit Russland ein geheimes Abkommen, das er Rückversicherungsvertrag nannte. Er verpflichtete die Vertragspartner zur Nichteinmischung (Neutralität), falls das Deutsche Reich von Frankreich oder das Russische Reich von Österreich-Ungarn angegriffen würde. In einem Zusatzprotokoll erkannte Bismarck die russischen Interessen an einem Zugang zum Schwarzen Meer an. Er widersprach damit im Grunde dem deutsch-österreichischen Zweibund und dem Dreibund.

Im selben Jahr schlossen Italien und Großbritannien ein Mittelmeerabkommen, und Österreich-Ungarn, Italien und Großbritannien einen Orientdreibund. Allgemeines Ziel dieser Bündnisse war, den bestehenden Zustand (lat. *status quo*) im Mittelmeerraum zu stabilisieren.



Bismarcks Rücktritt

Bismarcks Außenpolitik ging von Machtverhältnissen in Europa aus. Dies zeigte auch die von ihm nur zögernd begonnene Kolonialpolitik. Unter Wilhelm II., der 1888 Kaiser geworden war, änderte sich der politische Horizont. „Weltpolitik“ wurde zum Maßstab der Außenpolitik Deutschlands. Dafür war Bismarck nicht mehr verantwortlich. Der 75-jährige Kanzler trat 1890 nach Meinungsverschiedenheiten mit dem 29-jährigen Monarchen zurück.

Aufgaben

1. Kannst du ein Muster in den von Bismarck geschaffenen Bündnissen erkennen? Wenn ja, welches?
2. Bestimme den Zweck der Bündnispolitik Bismarcks

„Dropping the pilot“. Zeichnung von Sir John Tenniel aus dem in England erscheinenden „Punch“, März 1890.

Bismarcks Kulturkampf – Reichsfeinde und Sozialpolitik

Innenpolitik	Außenpolitik
<ul style="list-style-type: none">- Bismarck bezeichnete die Sozialdemokraten als Staatsfeinde.- Die katholische Kirche war gegen Bismarck, die evangelische nicht (Kulturkampf): Gesetze gegen der kth. Kirche z.B. Predigtverbot, durften keine Schulen leiten.- Bismarck hat kapituliert gegenüber der Kirche.- Führte die Sozialversicherungen ein.- Bismarck versprach „das Blaue vom Himmel“ für die Wähler.- Die Politik „Zuckerbrot und Peitsche“.	<ul style="list-style-type: none">- Bismarck hat alles was er konnte getan, um seinen Land zu schützen, damit Deutschland kein Krieg kämpfen muss.- Bismarck machte viele Bündnisse mit anderen Ländern damit keine großen Schäden für Deutschland entstehen.- Bündnisse → im Krieg Hilfe und weniger Krieg zu befürchten.- Bündnisse mit ÖU+I gegen RUS / DEU+RUS gegen ÖU- Deutschland war geographisch gesehen mittig bzw. eingekreist von anderen Mächten.

MOR

Kaiserreich

GES 9 a

Datum:

Nebelthau

--	--